



BURMA REPORT

Juli 2007

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 49

AI Index: POL 30/016/2007 (Public) - News Service No: 127 - 16 July 2007

Raketen, Gewehre und Triebwerke aus Europa drohen, das Waffenembargo für Myanmar zu unterhöhlen

Neuer Bericht von Amnesty International, Safeworld und weiteren NGOs. - "EBO" <burma@euro-burma.be> - 17.07.2007

Laut einem heutigen Bericht droht der angebotene Transfer eines Militärhubschraubers, der aus Teilen und Technologie aus sechs EU-Ländern zusammengesetzt ist, das Waffenembargo der EU nach Myanmar zu unterlaufen.

"Verhöhnern indische Hubschrauber für Myanmar das EU-Waffenembargo?" Ein Bericht von europäischen und internationalen NGOs einschliesslich Amnesty International und Safeworld beziehen sich auf glaubhafte Quellen, die berichten, dass die indische Regierung den Transfer von Advanced Light Helicopter (ALH) nach Myanmar plant. Dies zeigt, dass der in Indien hergestellte Hubschrauber nicht ohne unerlässliche Teile aus EU-Mitgliedsstaaten funktionieren kann, was darauf hindeutet, dass strengere Waffenkontrollen der EU zwingend notwendig sind.

Sollte dieser Transfer stattfinden, würde dies bedeuten, dass Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien das seit 1988 bestehende Waffenembargo der EU für Myanmar untergraben.

Varianten des ALH-Angriffshubschraubers enthalten Raketenabschussysteme aus Belgien; Raketen, Gewehre und Triebwerke aus Frankreich, Bremssysteme aus Italien, Benzintanks und Getriebe aus Großbritannien, und Selbstverteidigungs-Ausrüstung einer schwedischen Firma. Deutsche Firmen sind verantwortlich für den Entwurf und die Entwicklung des ALH.

Roy Isbister von Safeworld meint: "Das EU-Embargo hält ausdrücklich fest, dass Militärausrüstung weder direkt noch indirekt für den Gebrauch in Myanmar geliefert werden darf - was nützt es, ein Waffenembargo zu haben, wenn es nicht durchgeführt oder durch-

gesetzt wird?"

Myanmar - oder Burma - hat eine lange Liste grober Menschenrechtsverletzungen, die von der UNO als weitverbreitet und systematisch beschrieben werden. Zu diesen Verstössen gehören Exekutionen im Schnellverfahren, Folter und die Rekrutierung von Kindersoldaten.

Amnesty International Forscherin für Waffenkontrolle, Helen Hughes, führt aus: "Endverbraucher-Übereinkommen und der Wiederausfuhr von Teilen aus der EU muss grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sonst könnte es sein, dass sich diese Staaten in der Situation befänden, indirekt ein brutales Regime zu unterstützen, dass sie selbst verdammt haben und das gegen die Menschenrechte verstösst.

Info Birmanie, Burma Campaign, Frankreich sagt: "Die EU muss zu ihren Verpflichtungen stehen und verhindern, dass Militärausrüstungen aus seinen Mitgliedsstaaten in Burma verwendet werden und die indische Regierung dazu bewegen, den Transfer zu stoppen. Es darf nicht gestattet werden, das EU-Ausrüstung im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen in Burma verwendet wird."

Der Bericht identifiziert auch Firmen aus den USA, die an der Herstellung von Militärausrüstung für den ALH beteiligt sind, trotz eines Waffenembargos der USA nach Myanmar. Zur Zeit bestehen für Indien keine Einschränkungen für den Export dieser Waffen nach Myanmar.

Der Bericht fordert die EU zu umgehenden Konsultationen mit der indischen Regierung auf. Sollte Indien die Lieferung von ALHs nach Myanmar planen oder bereits durchgeführt haben, müssten die Mitglieder der EU:

- alle bestehenden Genehmigungen für Exportlizenzen zurückziehen und alle weiteren Anträge für den Transfer von Teilen oder Technologie, die für den ALH anwendbar sind, ablehnen.
- jegliche zukünftige Kooperation, die zum Transfer des dem Embargo unterliegenden Ausrüstung für Myanmar abrechen
- alle zukünftigen Lizenzen für den

Transfer kontrollierter Güter und Technologie nach Indien mit einer strengen und durchführbaren Bedingung zu versehen, die die Wiederausfuhr in unter Embargo stehende Länder untersagt.

Um nationale und EU-Praxis zu verbessern, sollten EU-Mitgliedstaaten ihre ganze Unterstützung den gegenwärtigen Bemühungen geben, einen internationalen Waffenhandelsvertrag auszuarbeiten, der global bindende Regeln über den Waffentransfer in Übereinstimmung mit dem geltenden internationalen Recht und Menschenrechtsstandards enthält.

Woher kommen Teile des Advanced Light Helicopters (ALH):

Belgien: Raketenabschussysteme der Firma Forges de Zebrugge FZ

Frankreich: Motoren der Firma Turbomecca. Gewehre von GIAT, Raketen von Matra Bae Dynamics.

Deutschland. Versorgungsteile - Teile für die Flug- und Motorenkontrolle von SITEC Aerospace manufacturers Entwicklung des ALH durch Firma Eurocopter

Italien: Bremssysteme der Firma Aster SpA

Schweden: Selbstverteidigungs-ausrüstung der Firma Avitronics, die zum Teil zu SAAB AB gehört

Großbritannien: Hydraulik der Firma APPH Precision Hydraulics Ltd. Schwimmkammern und selbstdichtende Kraftstofftanksysteme von FPT Industries Benzintanks, Schwimmsysteme und Getriebe von GKN Westland.

Sie erhalten mehr Information über: Nicola East, Amnesty International, Tel: +44 (0)207 413 5729; Mobile: +44 (0) 7904 398103; - neast@amnesty.org Sonia Rai, Advocacy and Communications, Saferworld, Tel: +44 (0)207 324 4646 Mobile: +44 (0) 7931 340 733;

"burma1un" <burma1un@gc.org> , anil verma <anilverma7@yahoo.com> - <nldmembersnsupportersofcrppnldndassk@yahoo.com>

Myanmar: ICRC prangert schwere und wiederholte Verletzungen des internationalen Menschenrechts an - ICCR - 29.6.2007, Pressemitteilung 82/07 -

Rangoon/Genf (ICRC): Der Präsident des Komitees des Internationalen .

..✉

...↷ Roten Kreuzes (ICRC), Jakob Kellenberger, kritisierte scharf die Verletzungen des Internationalen Menschenrechts durch die Regierung Myanmars an Zivilisten und Inhaftierten und forderte die Regierung auf, umgehend diese Verletzungen zu beenden und eine Wiederholung zu vermeiden.

"Die andauernde Nutzung von Häftlingen als Träger für die Armee bereitet ernsthafte menschliche Sorge. Die Handlungen der Behörden haben auch zu immensen Leiden bei tausenden von Menschen in den Konfliktgebieten geführt", sagte Herr Kellenberger. "Das ICRC hat wiederholt auf diese Missstände aufmerksam gemacht, aber die Behörden haben bisher nichts dagegen unternommen."

Die unten aufgeführten Ergebnisse basieren auf Beobachtungen von Delegierten des ICRC und zahlreichen Anklagen, die beim ICRC in privaten Befragungen von tausenden von Zivilisten und Häftlingen, besonders zwischen 2000 und 2005, eingegangen sind. Besonders systematische Vergehen gegen Häftlinge und Zivilisten bereiten ernste Sorgen.

Verstöße gegen Häftlinge

Unter dem derzeitigen Gefängnisssystem der jetzigen Regierung, werden tausende von Häftlingen dazu gezwungen, in der Armee Trägerdienste zu leisten. Diese institutionalisierte und weitverbreitete Praxis hat häufig dazu geführt, dass Häftlinge in bewaffneten Konflikten Gefahren ausgesetzt werden. Viele der Häftlinge leiden an Erschöpfung und Unterernährung und sind entwürdigenden Behandlungen ausgesetzt. Einige wurden ermordet.

"Diese Praxis, bekannt als "portering" besteht heutzutage trotz zahlreicher Einwände durch das ICRC. Es stellt eine bedeutende Verletzung des internationalen Menschenrechts dar," sagte Herr Kellenberger.

Verstöße gegen Zivilisten

Die Streitkräfte Myanmars haben sich in bewaffneten Konflikten wiederholt gegen Männer, Frauen und Kinder bei der Bevölkerung in Dörfern entlang der thailändisch-burmesischen Grenze vergangen. Diese Vergehen bestanden in großem Umfang in der Vernichtung von Nahrungsmittelvorräten und Produktionsmitteln. Die Streitmächte haben die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung in diesen Gebieten bedeutend eingeschränkt und es den Menschen unmöglich gemacht, die Felder

zu bestellen. Dies hat ernsthafte Auswirkungen auf die Wirtschaft und verschlimmerte noch die bereits gefährliche humanitäre Situation. Weiterhin haben die Streitkräfte in diesen Regionen zahlreiche Gewalttaten gegen die Menschen dort begangen, einschliesslich Mord, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen. Sie haben die Dorfbewohner auch gezwungen direkt an Militäroperationen teilzunehmen und ihre Dörfer zu verlassen.

Das Verhalten und die Handlungen der Streitkräfte haben dazu beigetragen, ein andauerndes Klima der Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten und tausende von Menschen dazu veranlasst, sich innerhalb des Landes auf die Flucht zu begeben oder ins Ausland zu fliehen.

"Die wiederholten Verstöße gegen Männer, Frauen und Kinder, die entlang der thailändisch-burmesischen Grenze leben, verletzen das internationale Menschenrecht," sagte Herr Kellenberger.

Die Ablehnung der Regierung, in einen Dialog zu treten

"Trotz wiederholter Bitten des ICRC haben es die Behörden ständig abgelehnt, ernstlich Gespräche über diese Verletzungen zu beginnen, in der Hoffnung, dass diese eingestellt werden," sagte Herr Kellenberger. Weiterhin haben zunehmende ernste Einschränkungen, die die Regierung dem ICRC auferlegt hat, dazu geführt, dass die Mitarbeiter der Organisation sich nicht frei in den betroffenen Gebieten bewegen können, und haben die Lieferung von Gütern, die strikt für humanitäre und apolitische Zwecke bestimmt waren, behindert. Seit Ende 2005 haben die Behörden es auch verhindert, dass das ICRC private Befragungen von Häftlingen oder den Besuch in Haftanstalten in Übereinstimmung mit den gewöhnlichen Verfahren, durchführen kann.

"Die andauernde Blockade der Behörden hat das ICRC dazu bewegt, ausnahmsweise seine Besorgnis öffentlich zu machen," sagte Herr Kellenberger. "Die Organisation zieht einen vertraulichen und bilateralen Dialog vor, um zu Ergebnissen zu kommen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Konfliktparteien in ernsthafte Diskussionen treten und die Empfehlungen des ICRC in Rechnung nehmen. Dies war jedoch mit den Behörden in Myanmar nicht der Fall,

und deshalb hat sich das ICRC zur Veröffentlichung entschieden."

Ich fordere die Regierung von Myanmar auf, die Verstöße gegen das Internationale Menschenrecht einzustellen und sicherzustellen, dass sie nicht wiederholt werden," schloss Herr Kellenberger. "Ich möchte auch alle Mitgliedsstaaten der Genfer Konventionen an ihre Verpflichtungen unter Artikel 1 erinnern und diese zu respektieren und die Einhaltung der Konventionen sicherzustellen."

Das ICRC hält sich bereit, alles zu tun, um seine humanitären Aktivitäten für die Bevölkerung in Myanmar fortzusetzen, die in Übereinstimmung mit einem international anerkannten Mandat unter den Genfer Konventionen, den Statuten des Internationalen Roten Kreuzes und der Bewegung des Roten Halbmondes und deren allgemeinen Arbeitsbedingungen Hilfe benötigt.

Agence France Press - 29. Juni 2007

Selten stattfindende Gespräche zwischen den USA und Myanmar in China wegen Aung San Suu Kyi

The BurmaNet News, 29. Juni 2007, Ausgabe Nr. 3237-"Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

Zwischen den Vereinigten Staaten und der Militärjunta Myanmars wurden in Peking selten stattfindende Gespräche geführt, um auf die Freilassung der südostasiatischen demokratischen Ikone, Aung San Suu Kyi zu drängen, teilte das Aussenministerium am Donnerstag mit.

In den Gesprächen dieser Woche, in denen China als Makler wirkte, waren die Beamten der USA "klar und direkt" in ihrer Forderung auf Freilassung der Oppositionsführerin und tausender weiterer politischer Häftlinge in Myanmar, sagte Sprecher Tom Casey. Die Chefs der Junta schienen jedoch nicht nachgeben zu wollen, sagte er.

In den Gesprächen, die auf der höchsten Ebene innerhalb der letzten Jahren zwischen den rivalisierenden Staaten stattgefunden haben, waren die US vom stellvertretenden Staatssekretär, Eric John, Chefdiplomate des Aussenministeriums für Südostasien, vertreten.

Ein US-Beamter sagte unter dem Siegel der Anonymität, dass die Gespräche "unverblümt und↷

.....☞ sehr direkt" gewesen waren.

"Ich glaube bedauerlicherweise nicht, dass irgendetwas darauf hindeutet, dass sie ihre Grundhaltung geändert haben," bemerkte Casey mit Blick auf die Chefs der Junta - Informationsminister Kyaw Hsan, Aussenminister Nyan Win und Kulturminister Khin Aung Nyint, die an dem Gespräch teilnahmen.

"Wir haben bestimmt nicht das geringste über Pläne zur Freilassung von Aung San Suu Kyi und anderer politischer Häftlinge gehört", sagte er.

Myanmar hatte um das Treffen nachgesucht, und es wurde Peking anstatt Rangoon als Tagungsort gewählt, da die Junta eine Hauptbedingung Washingtons abgelehnt hatte, den US-Beamten zuvor einen Besuch bei Aung San Suu zu gestatten, die 11 der vergangenen 18 Jahre unter Hausarrest verbrachte, sagte Casey.

"Häufig zieht es die burmesische Regierung vor, dass Treffen mit ihr in Burma stattfinden. Aber es ist unsere seit langem bestehende Politik, dass wir sie - ausserhalb unseres Botschaftsgeländes - in Burma nicht treffen werden, solange sie es uns nicht erlauben, uns mit Aung San Suu Kyi zu treffen.

Myanmar wird seit 1962 vom Militär regiert.

Aung San Suu Kyis National League for Democracy (NLD) gewann die Wahlen von 1990, deren Ergebnis jedoch vom Militär nicht anerkannt wurde. Seitdem befindet sie sich in ihrem Haus am See unter Hausarrest, trotz internationaler Kritik.

Casey berichtet, dass Washington sich zu diesen Gesprächen mit der Junta entschlossen habe, um "die Botschaft mehr zu gewichten," die sie vom Sondergesandten der UN, Ibrahim Gambari, bekommt. Dieser hatte Rangoon bereits mehrmals besucht, um die Militärregierung zu bewegen, Aung San Suu Kyi freizulassen und die nationale Aussöhnung herbeizuführen.

Der Junta ist es daran gelegen, dass Gambari, der bereits zweimal die Erlaubnis erhielt, sich mit Aung San Suu Kyi zu treffen, Myanmar im Juli besucht, wenn die Arbeit an den Richtlinien des Verfassungsentwurfs ihrem Ende zugeht.

Gambari hielt sich vergangene Woche in Washington auf, um sich vor seinen

Gesprächen in Peking mit Beamten der US zu besprechen. Einige diplomatische Quellen vermuten dahinter einen neuerlichen Versuch, einen politischen Dialog zwischen der Junta und der NLD zustande zu bringen.

"Ich nehme an, dass sie dieses kleine Fenster nützen wollen, um den Dialog vor Beendigung des Verfassungsentwurfes in Gang zu bringen," sagte eine Quelle.

Indem China für die Gespräche der US mit Myanmar den Gastgeber spielt, übernimmt es dieselbe Rolle wie bereits 2003, als ein Sechs-Parteiengespräch einberufen wurde, um Nordkorea in seinen Anstrengungen, Atomwaffen herzustellen, gestoppt werden sollte.

"Es ist besonders bemerkenswert, dass diese Gespräche in Peking stattfinden und von den Chinesen arrangiert wurden, obwohl China nicht öffentlich als aktiver Partner erscheinen wird," sagte der ehemalige US-Gesandte bei der UNO, Richard Holbrooke.

Obwohl sich diese Gespräche, nachdem so gut wie nichts in Bezug auf Burma geschehen ist, kaum als produktiv erweisen werden, sind sie vielleicht doch der Beginn eines Prozesses, in dem China eine ähnliche Rolle wie damals in Nordkorea spielen könnte," sagte er in einer Meinungsbefragung am Donnerstag zur Washington Post. China und Russland, die beide in Myanmars Energiesektor investiert haben, hatten im Januar gegen einen UN-Resolutionsentwurf, der von den USA unterstützt wurde, ihr Veto eingelegt und Myanmar gedrängt, schnell zur Demokratie zurückzukehren und die politischen Häftlinge freizulassen.

Jeremy Woodrum, Direktor der in Washington ansässigen US Kampagne für Burma sagte, China sollte den Aufruf der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), der Myanmar als Mitglied angehört, respektieren, in dem die Freilassung von Aung San Suu Kyi verlangt wird.

"Aung San Suu Kyi ist ebenso Gefangene Chinas wie sie Gefangene des burmesischen Regimes ist," sagte er.

Xinhua News – 12. Juli, 2007

China bringt die USA und Myanmar in Treffen zusammen

Burma News, 13. Juli 2007 - "Euro-Burma Office "EBO"
<burma@euro-burma.be>

Peking: Vor kurzem trafen sich Vertreter der USA und Myanmars in Peking, gab der chinesische Aussenminister am Donnerstag (12.0707) bekannt.

Der Sprecher, Qin Gang, teilte am Donnerstag der Presse mit, dass China auf Bitten der USA wie auch Myanmars dazu beigetragen hat, dass ein Treffen der Vertreter beider Länder zustande kam.

Er führte jedoch nicht aus, wann das Treffen stattgefunden hat noch was besprochen wurde.

Qin sagte, "wir glauben, dass ein direkter Dialog und ein offener Meinungs-austausch zwischen den USA und Myanmar über beider Besorgnis zu einem gegenseitigen Verständnis führen kann und daher für beide vorteilhaft ist.

BURMA RELATED NEWS - JUNE 26, 2007 - Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com> - NLDmembersSupportersofCRFPnNLDnDASSK@yahogroups.com
Bangkok Post - Monday - June 25, 2007 - FOCUS / INTERNATIONAL ROLE IN RANGOON -

Die UNO will den burmesischen Dialog wiederbeleben

Mit Rangoon geführte Gespräche müssen wieder aufgenommen werden, wenn die Weltgemeinschaft über den Prozess der Reformen auf dem Laufenden sein soll

Larry Jagan - June 25, 2007 -

Die UNO versucht intensiv, neue Wege zu finden, um die burmesische Militärregierung dazu zu bewegen, die Politik der nationalen Aussöhnung - ein Terminus, den die Militärjunta für politische Reformen benutzt, vorwärts zu bringen.

Während der Zeit von fast zwei Dekaden wurden auf der jährlich stattfindenden Generalversammlung Resolutionen ausgesprochen, die dem UNO-Generalsekretär das Mandat erteilten, das Regime in seinen Bemühungen bei der Einführung demokratischer Reformen zu unterstützen.

Jetzt versucht die UNO, ihr Engagement im nationalen burmesischen Aussöhnungsprozess wiederzubeleben.

Vor zwei Wochen hielt der neu ...☞

.... ➤ ernannte Sonderberater des Generalsekretärs, Ibrahim Gambari, in New York eine geheime Konferenz mit unabhängigen burmesischen Spezialisten und hochrangigen UN-Mitgliedern ab, unter ihnen der in Rangoon ansässige Charles Petrie, um eine Burmastrategie für die UN auszuarbeiten.

Der Sonderberater hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass die UNO umgehend ihre Bemühungen wieder aufnehmen müsse, die politischen Kräfte Burmas dahingehend zu unterstützen, dass es zu einem wirklichen politischen Dialog kommt, da sonst die Gefahr besteht, dass sie ins Abseits geraten könne und es für sie unmöglich wird, eine konstruktive Rolle im nationalen Aussöhnungsprozess zu spielen.

Lt. einer hochrangigen Quelle der UNO will er sobald wie möglich nach Burma zurückkehren, glaubt jedoch, dass vorher Gespräche mit einigen der wichtigsten Nachbarn und Verbündeten, besonders mit Peking, stattfinden müssten, bevor er das Land wieder besucht.

Ihrerseits ist es der Junta daran gelegen, dass Herr Gambari Mitte Juli kommt und der Wiederaufnahme des Nationalkonvents beiwohnt, der die Richtlinien für eine neue Verfassung festlegen soll, sagte ein hoher burmesischer Beamter.

Der verfassungsgebende Prozess soll lt. dem amtierenden Premierminister, Than Sein, der den Nationalkonvent überwacht, am 18. Juli wieder aufgenommen werden. Es wird dessen letzte Sitzung sein.

"Es besteht keine Möglichkeit für den Sonderberater, während der ersten Woche des Konvents zu kommen," sagte ein höherer UNO-Beamte.

"Das würde bedeuten, dass die UNO dem Konvent das Siegel der Anerkennung aufdrückt, aber ein Besuch im August wäre nicht unmöglich."

Mr. Gambari, ein nigerianischer Diplomat, hat jetzt erfolgreich den Platz des vorhergehenden Sonderbeauftragten für Burma, Mr. Ismael Razali aus Malaysia, eingenommen. Mr. Gambari hat im vergangenen Jahr Burma, als Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten der UNO, zweimal besucht. Während dieser Besuche traf er sich mit der obersten Militärführung des Landes, unter ihnen Sen.-General Than Shwe und der inhaftierten Oppositionsführerin, Aung San Suu Kyi, de-

ren Hausarrest vor kurzem um ein weiteres Jahr verlängert wurde.

Der Sondergesandte war in der Tat ausser ihrem Arzt der einzige Mensch der Außenwelt, dem es in den vergangenen drei Jahren erlaubt war, Mrs. Suu Kyi zu besuchen.

Mr. Gambari glaubt, dass Burma seine ganze Aufmerksamkeit erfordert, wenn für die UNO irgendeine Hoffnung bestehen soll, im nationalen Aussöhnungsprozess hilfreich zu sein. Aber er weiss auch, lt. einem hochrangigen Berater der UNO, dass es zum Gelingen notwendig sein wird, in der UNO eine gutüberdachte Strategie zur Verfügung zu haben sowie einen Mechanismus, diese auch durchzuführen, bevor er versucht, einen weiteren Erkundungsbesuch in Burma zu planen.

Das wird, bevor er sich wieder mit den Generälen trifft, das Hauptanliegen seiner Gespräche sein, die er mit asiatischen Diplomaten in den wichtigsten Hauptstädten der Region führen wird, besonders aber mit Peking.

Das Engagement der UNO für Burma hat verschiedene Aspekte. Das Hauptanliegen ist es natürlich, den nationalen Aussöhnungsprozess zu fördern und Burma zur Demokratie zurückzubringen. Hierfür wäre Mr. Gambari in seiner neuen Rolle vor allem verantwortlich. Ein weiteres Gebiet sind die Menschenrechte, für das einige Sonderberichterstatte und Vertreter zur Verfügung stehen, unter ihnen der brasilianische Jurist und Wissenschaftler Paulo Sergio Pinheiro, dem in den vergangenen drei Jahren die Einreise nach Burma verweigert wurde, sowie humanitäre Hilfe, Wirtschaftsreformen und die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Obwohl es sich hierbei um verschiedene Anliegen handelt, sieht die UN die Notwendigkeit, alle diese Aktivitäten auf höchster Ebene der Organisation zu koordinieren.

Wenn Mr. Gambari nach Burma zurückkehrt, wird er sich mit allen Seiten treffen, den militärischen wie auch den prodemokratischen Gruppen. Hierzu gehören Aung San Suu Kyi und ihre National League for Democracy und die ethnischen Minderheitsgruppen. Seine oberste Sorge wird sein, herauszufinden, welche Rolle die UNO im nationalen Aussöhnungsprozess spielen kann und wie das aussehen könnte, meinte ein erfahrener Mitarbeiter der UN.

Die Aufgabe des ersten Besuches von

Mr. Gambari vor mehr als einem Jahr war es vor allem, Beziehungen zum Regime und den anderen Hauptakteuren herzustellen. Dies war notwendig geworden, weil der vorhergehende Sonderbeauftragte tatsächlich von der Junta zur persona non grata erklärt worden war, dem man, nach, wie es sich herausstellte seinem letzten Besuch 2004, die Einreise in Burma verweigerte. So war es dann nach einer mehr als zweijährige Pause für die UNO notwendig geworden, wieder Kontakt aufzunehmen.

Sechs Monate später fand eine Wiederholung des Treffens statt, bei dem er der Junta erklärte, was er als Geste des guten Willens und der Vertrauensbildung von ihr erwartet sowie Zeichen der Verpflichtung für einem nationalen Aussöhnungsprozess.

"Nachdem dies geschehen ist, ist es wichtig für ihn von den Generälen, den prodemokratischen Gruppen und Chefs der ethnischen Gruppen zu erfahren, was sie von ihm erwarten," meinte ein erfahrener westlicher Diplomat.

Mr. Gambari ist der Ansicht, dass seit seinem letzten Besuch, vor allem wegen innerer Schwierigkeiten in der UNO und des Einsetzens eines neuen Generalsekretärs Anfang des Jahres, viel Zeit vergeudet wurde.

Jetzt muss sich die UNO schneller bewegen, wenn sie eine wirksame Rolle in dieser Angelegenheit spielen möchte. Es gab in der Tat Stimmen in New York, die Mr. Gambari dazu drängten, selbst vor Wiederaufnahme des Nationalkonvents und dessen Beratungen sobald wie möglich nach Burma zurückzukehren, berichtete eine Quelle bei dem Treffen.

Dies würde Sinn machen, da der Nationalkonvent - der erste Schritt auf Burmas Road map zur Demokratie, der im August 2003 vom damaligen Premierminister General Khin Nyunt angekündigt wurde - auf sein Ende zugeht. Wenn die UNO und die internationale Gemeinschaft eine wirksame Rolle als Gesprächspartner wie auch Vermittler spielen sollen, wäre es für den Sonderberater hilfreich, vor Vollendung des ersten Schrittes einbezogen zu sein. Aber es mag nicht genügend Zeit zur Verfügung stehen, um dies zu organisieren, so dass Mr. Gambari dann nicht ausreichend vorbereitet wäre, sagte ein in Rangoon stationierter westlicher Diplomat.

.... ➤

.... ➔ Lt. Quellen, die an dem Gespräch teilnahmen, richtete das in New York stattfindende Treffen sein Augenmerk unter der neuen Strategie auf zwei Hauptthemen. Das erste war die Notwendigkeit, China als zentralen Mitspieler zur Unterstützung des nationalen Aussöhnungsprozesses mit einzubeziehen.

Es herrschte Übereinstimmung darüber, dass selbst unter Berücksichtigung, das China wenig Einfluss auf die Generäle haben könnte, die Chinesen die einzigen wären, die in der Lage sind, die Junta zu beeinflussen, sollten sie denn bereit sein, dies zu tun.

"Peking, das restliche Asien und die UN sollten erkennen, dass sie ein gemeinsames Anliegen haben - regionale Stabilität, und ein starkes, transparentes, entwickeltes Burma würde nicht länger eine Bedrohung der regionalen Sicherheit darstellen," sagte ein westlicher Diplomat.

"Die muss der Anstoß zu Gambaris Herangehensweise sein und nicht die Notwendigkeit einer Demokratie und Menschenrechte," fügte er hinzu.

Es gab kürzlich Anzeichen dafür, dass dies auch Pekings Vorstellungen entsprechen könnte und dass man willens ist, diese Dinge privat mit anderen Ländern zu besprechen. Es haben auf hoher Ebene mit Christopher Hill, dem stellvertretenden US-Aussenminister für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten, Gespräche über Burma zwischen den USA und China stattgefunden, liess eine Quelle im US-Aussenministerium verlauten.

Die Chinesen haben ebenfalls eindringlich dazu aufgefordert, eigene bilaterale Gespräche mit dem regierenden Staatlichen Friedens und Entwicklungsrat (SPDC) über Burmas politische Zukunft zu beginnen, sagte ein hochrangiger chinesischer Regierungsbeamte.

Auf der anderen Seite werden die chinesischen Megaprojekte in Nordburma - die Landverbindung Chinas mit Indien und die beiden vorgeschlagenen Rohrleitungen - Burmas Wirtschaft und das Land radikal verändern.

Es wird völlig von Peking dominiert werden. Die Generäle werden dieses wissen, und das mag sie gefügiger machen, die Hilfe der UNO anzunehmen.

Der andere Hauptpunkt, der sich in dem Treffen ergab, war die Rolle, die

der prodemokratischen Führerin, Mrs. Suu Kyi, zukommen soll.

"Obwohl wir die Chinesen nicht davon überzeugen können, dass sie die Antwort ist, müssen wir sie weniger bedeutungslos erscheinen lassen und zu erkennen geben, dass sie zumindest einen Teil der Lösung zur regionalen Stabilität darstellt," wurde der Konferenz mitgeteilt.

Dies wird natürlich der schwierigste Teil von Mr.- Gambaris Aufgabe sein, die Generäle und einige ihrer asiatischen Hauptverbündeten dazu zu bewegen, zu akzeptieren, dass Mrs. Suu Kyi nicht weiter ignoriert werden kann. Ob er sie freibekommen kann, ist eine andere Sache. Und natürlich würde alles, was nicht mehr oder weniger eine bedingungslose Freilassung wäre, weder die pro-demokratische Bewegung noch die Internationale Gemeinschaft zufriedenstellen können.

Aber der Sonderberater sieht sich denselben Schwierigkeiten gegenüber wie bereits seine Vorgänger: die Unnachgiebigkeit der obersten burmesischen Militärführung und ihr Widerstreben, zuzulassen, was in ihren Augen fremde Einmischung bedeutet, kombiniert mit einem tiefen Misstrauen gegen die UNO im allgemeinen.

The Nation - 26. Juni 2007

Burma bewegt sich in der ASEAN auf schmalem

Grat - Dr. Pavin Chachavalpongun

BURMA RELATED NEWS - Tin Kyi <mtinkyi@yahoo.com> -
NLDmembersSupportersofCRPPmNLDnDASSK@yahoo.com

Während sie sich weiterhin unter Hausarrest befindet, der von der burmesischen Junta um ein weiteres Jahr verlängert wurde, wurde Aung San Suu Kyi, Führerin der National League for Democracy (NLD) am 19 Juni 62 Jahre alt

Obwohl internationale Appelle Suu Kyis Freilassung fordern, liegt der Brennpunkt jetzt nicht auf ihrem Kampf gegen das burmesische Regime, sondern darauf, dass sich im Juli die Aufnahme Burmas als Mitglied in die ASEAN zum 10. Mal jährt. Jetzt ist es an der Zeit, dass die ASEAN ernsthaft die Mitgliedschaft Burmas beurteilen, so z.B. die Versprechen, die es bei Aufnahme gemacht hat, bewerten und den Wandel, der seitdem in Burma wie auch in der ASEAN stattgefunden hat.

1997 hat sich Thailand fest dafür eingesetzt, Burma den Beitritt in die ASE-

AN zu ermöglichen. Zu dem Zeitpunkt machte der Premierminister Chavalit Yongchayuth kein Geheimnis daraus, dass er ein Bewunderer der burmesischen Junta war. Seine Unterstützung der burmesischen Mitgliedschaft war nicht die erste Kontroverse, auf die er sich eingelassen hatte.

Nach der Unterdrückung der demokratischen Kräfte im Jahr 1988 durch das burmesische Militär nahm das Schlingerkabinett Chatichai Choonhavan, dem Chavalit als Armeechef angehörte, eine freundliche Haltung gegenüber ein, die auf gemeinsamen kommerziellen Interessen mit der Zustimmung des Militärs, das gleichermaßen unstillbar hungrig war, basierte. Chavalit wurde nach Rangoon entsandt, um dort die bilateralen Bindungen zu verbessern. Er war der erste ausländische Würdenträger, der Burma nach dem brutalen Vorgehen gegen die prodemokratischen Aktivisten besuchte.

Durch die thailändische Befürwortung einer burmesischen Mitgliedschaft in den ASEAN verteidigte Chavalit fest das burmesische Regime. Er erklärte: "Ich glaube, dass die Generäle des regierenden SLORC auf mich hören werden, weil wir Freunde sind. Die Burmesen sind gute Menschen. Sie sind ergebener Buddhisten als wir selbst." Chavalit versicherte uns ebenfalls, dass das burmesische Militär keinen Plan hätte, für immer an der Macht festzuhalten. Zehn Jahre später scheint es nicht so, als wolle die Junta die politische Macht in naher Zukunft abgeben. Es ist sicherlich genügend Zeit verstrichen, um ernsthaft die demokratischen Institutionen in Burma zu beschädigen.

In der vergangenen Dekade hat das burmesische Militär nicht nur auf die internationalen Forderungen nach politischen Reformen nicht reagiert, sondern es fuhr fort, den Frieden in der Region und die Sicherheit ernsthaft zu bedrohen. Allein in diesem Jahr zog das unberechenbare Verhalten der Junta die Aufmerksamkeit der Welt bei verschiedenen Anlässen auf sich. Hierzu gehört die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea, die Spekulationen, dass Pyongyang bei der Entwicklung eines burmesischen Atomreaktors geholfen habe, einem Abkommen mit Russland, ein Atomforschungszentrum in Rangoon zu errichten, wie auch die Haftverlängerung von Suu Kyi.

Vor nicht allzu langer Zeit gab ➔

.... → Burma nach scharfer Kritik der Weltgemeinschaft sein Vorstandsrecht in der ASEAN freiwillig zurück. Seitdem hat die burmesische Regierung seine Loyalität China, Russland und Indien zugewandt, die ihm bereitwillig einen politischen Zufluchtsort gewähren.

Im Kontext mit den ASEAN war das Thema Burma immer dornig, das eine Barriere in den Beziehungen der Organisation mit der Aussenwelt, besonders mit Europa, darstellt.

In der Zwischenzeit zeigen sich die USA der Art und Weise, wie ASEAN mit Burma umgeht, skeptisch gegenüber. Dies führte im Mai 2007 zur Erneuerung der amerikanischen Sanktionen gegen Burma für ein weiteres Jahr, weil kein echter Dialog zwischen allen burmesischen politischen Interessensgruppen zustande gekommen war.

Als 1997 ASEAN die Tore für Burma öffnete, hegten seine Mitglieder keine besondere Hoffnung darauf, als "Agenten für einen Wandel" in der burmesischen Sackgasse zu dienen. Logischerweise, denn ASEAN befand sich selbst verletzlich und von schleppendem Fortschritt wegen mehr "Verboten als Zustimmungen" geplagt, mit seinem notorischen Nichteinmischungsprinzip und Fragen nach der Legitimität jedes der einzelnen Mitgliedsstaaten. Indem es Burma schulterte, herrschte bei ASEAN zum ersten Mal ein Gefühl regionaler Zusammengehörigkeit gegen auswärtigen Druck.

Diese Mentalität hat sich als verheerend erwiesen. Ohne wirklichen Drang zu einem Wandel in Burma verschlossen die ASEAN die Augen vor der wachsenden Verschlechterung der dortigen Situation. Private Interessen der Mitglieder der ASEAN überwogen die Anstrengungen für eine Transformation in Rangoon. Für ASEAN sah Burma in seiner Kostümierung normal aus. In Wirklichkeit blieb die Lage in Burma anormal mit Bürgerkrieg, Machtkampf in der Regierung und mit der Opposition und anhaltenden ethnischen Aufständen.

Aber in letzter Zeit wurde das Denken der ASEAN reifer. In den letzten vergangenen Jahren haben sich Chefs der ASEAN vehement dafür ausgesprochen, dass sich Burma von nun an allein gegen die Internationale Gemeinschaft verteidigen müsse. Die Charta der ASEAN, die Ende des Jahres zum Abschluss gebracht werden soll, wird sich als rechtliches Werkzeug

gegen alle Mitglieder erweisen, die nicht die Regeln einhalten. Und da wird Burma keine Ausnahme sein. Deshalb gibt es einen großen Unterschied zwischen 1997 und 2007. Es ist den ASEAN gelungen, das Problem Burma zu benennen. Mit einer härteren Einstellung der ASEAN bleibt es abzuwarten, ob es der Gruppe gelingen wird, einen wirklichen Einfluss auf die Entwicklung in der burmesischen Politik zu nehmen oder ob es Burma noch weiter in die Arme Chinas und anderer Verbündeter treiben wird.

Thailand, das selbst politisch festgefahren ist, hat eine besondere Rolle zum Anlass des 10. Jahrestages der burmesischen Mitgliedschaft in der ASEAN zu spielen. Mit allgemeinen Wahlen zum Ende des Jahres und der Möglichkeit zu einer demokratischen Partei zurückzufinden, könnte sich die politische Haltung Burma gegenüber nochmals ändern und einen hoffnungsvollen Kontrast zu seinem Fehler von 1997 bilden.

Konstruktives Engagement, flexibles Engagement oder ein wie auch immer geartetes Engagement, es bleibt die Grundfrage, wie kann Thailand seine eigenen politischen Interessen auf der Grundlage einer guten Regierung und Transparenz in seiner Haltung Burma gegenüber verteidigen. Das Wiederaufleben der demokratischen Partei mag Licht in das Dunkel der thailändisch-burmesischen Beziehungen, die seit den Tagen des Militärs herrschen, bringen.

Surin Pitsuwan, ehemaliger Aussenminister unter der Chuan-Verwaltung nach der Aufnahme Burmas in die ASEAN, sagte kürzlich in Tokyo, dass die demokratische Partei in ihren Beziehungen Burma gegenüber die Prinzipien der Demokratie aufrechterhalten und die Menschenrechte einhalten wird.

Burma wird einen schmalen Grat wandern, besonders wenn es ihm nicht gelingt, eine nationale Aussöhnung und eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses herbeizuführen. Die neugewonnene Reife ASEANs und eine mögliche Wende in der thailändischen Politik Rangoon gegenüber wird sicherlich den 10. Jahrestag der burmesischen Mitgliedschaft in der ASEAN verderben. Wir hoffen, dass dies als Anlass zur Freude sein wird.

AFP, 23.06.2007 -

http://news.yahoo.com/s/afp/20070623/wl_asia_afp/myanmarpoliticsoppositionsuuky_070623061252

Myanmars Partei für Demokratie beantragt Besuch bei Suu Kyi

mya thein <nld.lamyajp@yahoo.com> - NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahooogroups.com - Aung Thu <aungthu@t-online.de>

Rangoon: (AFP) - Myanmars Partei für Demokratie beantragt bei der Militärregierung die Genehmigung, ihre inhaftierte Führerin, Aung San Suu Kyi, besuchen zu dürfen, sagte ein Sprecher am Sonnabend.

Seit 2004 hat sich niemand von der National League for Democracy (NLD) mehr mit der Nobelpreisträgerin treffen können.

Der Sprecher, Nyan Win, sagte, dass die Führung der Partei sie zu sehen wünscht, um legale Wege wegen ihrer Entlassung aus dem Hausarrest mit ihr zu besprechen.

"Unser Vorsitzender, Herr Aung Shwe, hat am Donnerstag ein Schreiben an das Kabinett in Naypyidaw gerichtet mit der Bitte, Frau Aung San Suu Kyi besuchen zu dürfen, berichtete Nyan Win der AFP.

"Wir möchten wissen, wie sie über einen möglichen Einspruch gegen ihre Inhaftierung denkt," sagte er.

Die Militärregierung Myanmars hatte im Mai den Hausarrest von Aung San Suu Kyi trotz aller internationaler Anforderungen, sie umgehend frei zu lassen, um ein weiteres Jahr verlängert.

Die 62jährige hat mehr als 11 der vergangenen 18 Jahre in ihrem Haus am See in Rangoon in Haft verbracht und hat kaum Kontakt zur Aussenwelt, ausser zu ihrem im Haus wohnenden Hausmädchen und zu ihrem Arzt.

Das letzte Mal konnte die Oppositionsführerin - die einzige Nobelpreisträgerin der Welt in Haft - ihr Haus im November 2006 verlassen, als ihr die Junta die Erlaubnis erteilte, sich eine Stunde lang mit dem UNO-Gesandten, Ibrahim Gambari, zu treffen.

Um die 52 Personen befinden sich seit vergangem Monat in Untersuchungshaft. Sie waren festgenommen worden, weil sie an einer Gebetswache für die Freilassung Suu Kyis teilgenommen hatten.

Myanmar wird seit 1962 vom Militär regiert. Die NLD trug in den Wahlen →

... von 1990 einen überwältigenden Sieg davon. Aber das Militär hat das Ergebnis nicht anerkannt.

Der Journalist U Win Tin befindet sich seit 18 Jahren im burmesischen Gefängnis - Zin Lin

zin linn <zinlinn@yahoo.com.au>
-NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoogroups.com, aapp_burma@yahoogroups.com

Heute jährt sich auf den Tag genau zum 18. Mal, dass sich der Autor und Journalist U Win Tin im Gefängnis befindet. Er war Mitglied des Zentralkomitees der National League for Democracy (NLD) und einer der wichtigsten Berater von Aung San Suu Kyi, die einen gewaltfreien Protest gegen das Militärregime geführt hat. Er wurde im Jahr 1989 am heutigen Tag während eines landesweiten Vorgehens des Militärs gegen die Opposition festgenommen.

Ursprünglich lautete das Urteil auf drei Jahre Haft mit Zwangsarbeit. Die Anklage lautete: Er habe als Dissident seinen Einfluss dazu benutzt, das Volk zu einer Kampagne des zivilen Ungehorsams gegen das Kriegsrecht aufzurufen. Danach wurde seine Haftzeit auf 21 Jahre verlängert; Das Regime versprach, ihn im Jahr 2004 freizulassen, später noch einmal in 2005. Aber diese Versprechen wurden, wie alle anderen Versprechen der Junta, niemals eingehalten. Seit Anfang 2006 sind U Win Tin jegliche Besuche, selbst vom Internationalen Roten Kreuz, verboten.

U Win Tin, ehemaliger Chefredakteur des Hanthawadi Daily, verbrachte seinen 77. Geburtstag, den 12. März, in Einzelhaft. Er ist der einzige inhaftierte Journalist, der sich aus Gewissensgründen seit über 18 Jahre in Einzelhaft befindet. Bei einer Gelegenheit hatte die Gefängnisbehörde dem Internationalen Roten Kreuz zugesichert, dass U Win Tin bald entlassen und seine Haftzeit nicht verlängert würde. Dieses Versprechen war eine Illusion.

Die Junta hat ihn unter Druck gesetzt, dass er jegliche politische Aktivität aufgeben müsse, wenn er wieder frei atmen möchte. Aber U Win Tin hat dieses Angebot wie auch verschiedene andere dieser Art abgelehnt und sich geweigert, ein Schreiben auf der gepunkteten Linie zu unterzeichnen. Im Juli 2006 befand sich sein Name auf einer Liste mit weiteren 118 politischen Häftlingen, die für eine baldige Entlassung aus dem Insein-Gefängnis vorgesehen waren. Aber am Ende wurde er aus unerfindlichen Gründen nicht berücksichtigt.

Es gelangte ihm zur Ehre, aus dieser Gruppe auserlesen und zurück in Einzelhaft geworfen zu werden. Es wird berichtet, dass ein Gefängnisbeamter ihm im Juli 2006 erklärt haben soll, dass für ihn keine Hoffnung auf Entlassung bestünde, da er keine Zwangsarbeit verrichte. Wo ist da die Logik?

Nur einer herzlosen Junta kann es einfallen, einem alten Mann Zwangsarbeit zuzumuten.

Reporter ohne Grenzen und die Burma Media Association klagten an seinem 77. Geburtstag: "Für die Unmenschlichkeit dieser Militärjunta, die einen kranken 77 Jahre alten Mann nun seit fast 18 Jahren in Haft hält, bedarf keines weiteren Beweises. Indem es U Win Tin das Recht einer baldigen Entlassung verweigert, bricht das Regime seine eigenen Gesetze und Versprechen. Wir rufen dazu auf, ihn sofort freizulassen." Das Komitee zum Schutz der Journalisten forderte ebenfalls die Militärbehörde dazu auf, U Win Tin umgehend zu entlassen.

Der erfahrene Journalist befindet sich in schlechter Gesundheit. Er hatte wenigstens zwei Herzattacken. Er leidet unter Bluthochdruck, degenerativen Wirbelsäulenveränderungen, einer entzündeten Prostata und Blasenbeschwerden. Ein Gefängnisarzt untersucht ihn zweimal monatlich. Aber er ist hauptsächlich von einer befreundeten Familie abhängig, die ihn mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Kleidung versorgt.

Als Paulo Sergio Pinheiro, der Sonderbeauftragte des UN-Menschenrechtsgates in Myanmar, ihn zu seinem Geburtstag im Jahr 2005 besuchte, war er von seinem bedauernswerten Zustand ebenso bewegt, wie von der Tatsache, dass sein schlechter Gesundheitszustand auf mangelhafte medizinische Versorgung und die Auswirkungen einer falschen Operation zurückzuführen sind. Prof. Pinheiro sagte in seinem Bericht: "Es hat mich zutiefst bewegt, als mir U Win Tin berichtete, dass ihm weder Papier noch ein Schreibstift zur Verfügung stünden."

Die Verweigerung der "Instrumente seines Handwerkes" hat nicht bewirken können, den Journalisten und Dichter U Win zum Schweigen zu bringen. Um sein erzwungenes Schweigen zu bekämpfen, hat er sich aus dem Abrieb der Ziegelsteine seiner Zelle seine eigene Tinte und aus seiner Bambusmatte eine Feder hergestellt. Obgleich es die Aufgabe von Prof. Pinheiro ist, Freiheit für alle politischen Häftlinge zu bewirken, ist es wichtig für ihn, sich auch um individuelle Fälle zu bemühen, besonders um U Win und andere Häftlinge, die krank oder alt sind., dies umso mehr als der PEN-

Club Kanadas darauf hinweist, dass die Inhaftierung des Autors und Journalisten eine Verletzung des Artikels 19 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung bedeutet.

Zur Zeit besteht in Burma unter dem Militärregime, dass sich selbst als Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrat (SPDC) bezeichnet, weder Versammlungsfreiheit, noch Meinungsfreiheit, weder Pressefreiheit oder Berufsfreiheit. Zur Zeit befinden sich um die 1200 Menschen aus Gewissens- oder politischen Gründen in Haft; unter ihnen sind Mitglieder des Parlaments, Studenten, Ärzte, Lehrer, Journalisten, Schriftsteller, Juristen, Schauspieler und Hausfrauen. Sie sitzen alle lange Strafen in den berühmtesten Gefängnissen Burmas ab.

Demokratie und nationale Aussöhnung werden solange eine Illusion bleiben, wie sich Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi zusammen mit politischen Aktivisten bereits seit Dekaden in Haft befinden. Wenn der SPDC zeigen möchte, dass er sich wirklich einem demokratischen Prozess verpflichtet fühlt, dann sollte er alle politischen Häftlinge freilassen, bevor er den sogenannten Nationalkonvent zum 18. Juli ins Nyaung-hnapin-Lager der Stadt Hmawbi wieder einberuft.

Die Bevölkerung Burmas ist zutiefst beunruhigt darüber, dass weder die Mitgliedstaaten der ASEAN noch das benachbarte China oder Indien Anstrengungen unternehmen, sich für Stabilität in ihrem Land einzusetzen. Sie sind betrübt darüber, dass diese mächtigen Nachbarn den Zerfall von Gesetz und Ordnung und die Einhaltung aller international anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheitsrechte in Burma ignorieren.

Die UNO fordert seit 1991 politische Reformen und die Freilassung der politischen Häftlinge. Diese Weltorganisation hat bereits mehrere Resolutionen zu diesem Problem verabschiedet, aber diese Besorgnis war nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Ohne dass es zu Handlungen kommt, sind Resolutionen wirkungslos. Globale Übereinkünfte zum Verbot von Folter und die Einhaltung der Menschenrechte helfen keinem, der aus Gewissensgründen von einer Diktatur schlecht behandelt wird. Die Zeit ist gekommen, die Schreie unerträglicher Leiden ernst zu nehmen.

Zin Linn ist Autor und Journalist der aus politischen Gründen inhaftiert war und sich jetzt im Exil befindet. Er ist leitendes Mitglied der Burma Media Association, die mit den Reportern ohne Grenzen in Paris verbunden ist.

The Irrawaddy Online Newsletter for July 18, 2007 - The Irrawaddy <news@irrawaddy.org>

Letzte Sitzung des Nationalkonvents aufgefordert, sich an die Richtlinien zu halten - 18. Juli 2007

http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=7917
The Irrawaddy - Khun Sam und AP -

Der Vorsitzende des burmesischen Nationalkonvent-Einberufungskomitees, Generalleutnant Thein Sein, forderte die Delegierten zu Beginn der letzten Sitzung am Mittwoch auf, keine Veränderungen der Richtlinien der Verfassung, die während der vorhergehenden Sitzungen verabschiedet worden waren, herbeizuführen.

Die gegenwärtige Sitzungsperiode soll der Erarbeitung der Richtlinien für eine neue Verfassung dienen. Der burmesische Informationsminister,

Brigadegeneral Kyaw Hsan sagte, dass sowohl "ein Referendum wie auch Wahlen bald darauf folgen sollen."

Ein dortiger Journalist zitiert Thein Sein so: "Da dies die letzte Sitzung ist, werden die Delegierten gebeten, ihre Prinzipien zu revidieren... ohne von den bereits gefassten Entschlüssen abzuweichen. Er warnte, dass gegen jeden, der versuchen sollte, den Prozess zum Scheitern zu bringen, gerichtlich vorgegangen werden wird.

Der Journalist berichtete dem Irrawaddy, dass Kyaw Hsan keinen Zeitplan für die nächsten Schritte der sogenannten "Road map" des Regimes bekannt gegeben habe.

Anwesende Journalisten sagten, dass die Sicherheitsmaßnahmen strenger zu sein scheinen als während der vorangegangenen Sitzungen während des letzten Oktobers. Ausländische Journalisten waren nicht anwesend, und es wurden weniger Diplomaten als gewöhnlich bemerkt.

Burmesische Aktivisten der Opposition innerhalb und ausserhalb Burmas haben die Nationalversammlung und seine Entscheidungen als Täuschung bezeichnet. Sie sagen, dass die Verfassung dem Militär die Hauptrolle für die politische Zukunft des Landes zuweisen wird und die Militärdiktatur verlängert.

Zwölf ethnische politische Parteien haben die Junta vergangene Woche aufgefordert, einige fundamentale Punkte im Verfassungsentwurf zu ändern und eine wirkliche demokratische Verfassung für eine föderale Union zu erstellen.

Lt. Informationsminister, Brigadegeneral Kyaw Hsan, ist das Ende der gegenwärtigen letzten Sitzung in ungefähr einhalb Monaten zu erwarten.

Free Burma, free Aung San Suu Kyi

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ : 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး

ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့

[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]

Gedichte

Von Saya Tin Moe
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten während seiner politischen Gefangenschaft von Moe Aye
(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto

Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln
Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com>